

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **Mk. 2,50.**

### Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite	
Die Entwertung des Arbeitslohnes und der Arbeitskraft während des Krieges	509	Kongresse. Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände . . . . .	516
Wirtschaftliche Rundschau	511	Genossenschaftliches. Das Nachtarbeitsverbot der Bäcker und die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ . . . . .	516
Soziales. Zum bevorstehenden Weihnachtsfest	513	Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen . . . . .	516
Arbeiterbewegung. Die Gedankfeier der Generalkommission. — Aus den deutschen Gewerkschaften	513		

### Die Entwertung des Arbeitslohnes und der Arbeitskraft während des Krieges.

Seit Jahrzehnten ist die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft unablässig bemüht, den verelendenden Tendenzen der heutigen Gesellschaftsordnung entgegenzuwirken und darüber hinaus für sich eine Verbesserung ihrer Lebenslage herbeizuführen. Zu diesem Zweck hat sie sich ihre machtvollen gewerkschaftlichen Verbände geschaffen, die dem Unternehmertum in harten Kämpfen stückweise Zugeständnisse um Zugeständnisse abgerungen haben. Es ist unbestreitbar, daß die Lage der deutschen Arbeiterschaft durch die Tätigkeit der Gewerkschaften im Laufe der Jahre ganz wesentlich verbessert worden ist, wenn auch die Verbesserung der Lebenshaltung mit der Steigerung des Lohneinkommens nicht gleichen Schritt gehalten hat. Die in den letzten Jahrzehnten fast unablässig wirkende Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel ließ das nicht zu. Von einer „gesicherten Existenz“ war freilich selbst bei den verhältnismäßig gutbezahlten Arbeitern noch keine Rede. Verdiente auch die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter vor dem Kriege soviel, daß sie sich leidlich jätessen und auch ihre Familien vor dem Hunger schützen konnten, so reichten doch die Einnahmen zur Deckung aller im Arbeiterhaushalt auftauchenden Bedürfnisse vielfach noch nicht aus. Der Krieg und die mit ihm im Zusammenhang stehende Verteuerung aller Lebensmittel hat nun das Geld und damit den Arbeitslohn des Arbeiters ganz gewaltig entwertet und damit viele auf die Verbesserung der Lebenshaltung gerichteten Erfolge der Gewerkschaften mit einem Schlag zunichte gemacht. Durch die Teuerung sind große Arbeitererschichten in ihrer Lebenshaltung um Jahrzehnte zurückgeworfen worden.

Der Wert der Arbeitskraft wird bekanntlich bestimmt durch den Wert der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters. Die Arbeitskraft wird dann zu ihrem Werte bezahlt, wenn der Arbeiter in der Lage ist, von seinem Lohn die verausgabte Arbeitskraft wieder zu ersetzen und für seine abgenutzten Kräfte nach und nach neue Arbeitskräfte heranzubilden. Der Lohn des Arbeiters muß also so hoch sein, daß der Arbeiter davon für sich und für seine Familie die zur Erhaltung von Kraft und Gesundheit nötigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände kaufen, daß er seine

Kinder zu brauchbaren Menschen erziehen, daß er seine Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde erfüllen und daß er sich die für einen Menschen unserer Zeit unentbehrlichen geistigen Anregungen und Genüsse leisten kann. Reicht der Lohn dazu nicht aus, dann wird die Arbeit nicht nach ihrem Werte bezahlt, der Lohn ist dann kein volles Äquivalent für die Eingabe der Arbeitskraft. Den Schaden davon hat zunächst der Arbeiter selbst, aber auch die Gesamtheit eines Volkes; denn es liegt auf der Hand, daß ein Volk in seiner Gesamtheit um so tüchtiger und leistungsfähiger ist, je besser sich seine einzelnen Glieder nähren, Heiden und bilden können. Aber auch der Käufer der Arbeitskraft, der Unternehmer, hat auf die Dauer von einem zur Unterernährung und zur geistigen und körperlichen Verkrüppelung der Arbeiter führenden Stand der Löhne keinen Nutzen.

Nun besteht ja darüber, welche Löhne für die Arbeiter zur Wiederverzeugung der verausgabten und zur Heranbildung neuer Arbeitskräfte nötig sind, zwischen Unternehmern und Arbeitern keine Einigkeit, ganz abgesehen davon, daß die Lebensmittelpreise einem fortwährenden Wechsel unterworfen sind. Aber bestimmte Anhaltspunkte, was ein Mensch zur Erhaltung seines Lebens braucht, hat man trotzdem. So hat beispielsweise der preußische Staat im Jahre 1910 die täglich für einen Gefangenen auszugebende Summe für Verpflegung von 80 Pf. auf 1 Mk. erhöht. Eine Mark sah also der preußische Staat im Jahre 1910 als das Mindeste dessen an, was zur Erhaltung eines Gefangenen nötig ist. Gefangene werden aber bekanntlich nicht so ernährt, wie der Arbeiter ernährt werden muß, wenn er in seinem Beruf leistungsfähig bleiben soll, ganz abgesehen davon, daß die Gefängnisverwaltungen, die die Lebensmittel im großen beziehen, für 1 Mk. erheblich mehr Lebensmittel bekommen als der Arbeiter. Einen besseren Anhaltspunkt bietet denn auch die Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten, die in der Wissenschaft vielfach als Grundlage zur Berechnung genommen wird. Danach braucht der Marinesoldat in der Woche folgende Lebens- und Genußmittel:

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 " Schweinefleisch	5250 " Brot
800 " Hammelfleisch	455 " Butter
150 " Reis	340 " Zucker

daß sich die Bauarbeiter, die schon vor dem Krieg nicht auf Rosen gebettet waren, heute infolge Steigerung der Lebensmittelpreise auch nicht im entferntesten mehr so ernähren können, wie das zur Erhaltung ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitskraft erforderlich wäre. In einer großen Anzahl Bauarbeiterfamilien herrscht heute die bitterste Not. Trotzdem das auch den Unternehmern bekannt ist, hat deren Organisation es strikte abgelehnt, Teuerungszulagen zu bewilligen. Sie hat es sogar abgelehnt, zur Besprechung dieser mißlichen Zustände mit den Vertretern der Arbeiterverbände zusammenzukommen. Und nicht genug damit, haben einzelne Bezirksarbeitgeberverbände ihren einzelnen Mitgliedern die Gewährung von Teuerungszulagen durch Festsetzung von Konventionalstrafen verboten, so daß selbst solche Arbeitgeber, die die Gewährung von Teuerungszulagen für nötig halten, diese den Arbeitern nur auf Umwegen und durch allerlei Schiebungen zutommen lassen können. Das ist wohl der Gipfel sozialer Verständnislosigkeit selbst bei Arbeitgeberverbänden.

Was hier von der Lage der Bauarbeiter gesagt ist, gilt mehr oder minder auch für große Arbeiterschichten in anderen Berufen und Industrien, besonders dort, wo die Löhne an und für sich noch niedriger sind als im Baugewerbe. Wenn die Arbeitgeber auch nicht in allen Gewerben so wenig Gefühl für die Not der Arbeiter und so wenig soziales Verständnis haben wie die Bauunternehmer, wenn auch hier und dort Teuerungszulagen bewilligt worden sind, so wird doch fast nirgends durch Teuerungszulagen die Steigerung der Lebensmittelpreise ausgeglichen worden sein. Was bleibt, ist wohl in allen Berufen ohne Ausnahme — abgesehen vielleicht von einigen Zweigen der Rüstungsindustrie — eine gewaltige Entwertung des Lohnes und der Arbeitskraft. Diese Entwertung des Lohnes und damit die Not der Arbeiter wird auch nach dem Kriege nicht gleich verschwinden; sie wird anhalten so lange die Teuerung dauert. Und es ist wohl kaum zweifelhaft, daß diese Teuerung nie mehr ganz schwinden, daß nie mehr alle Preise auf den Stand zurückkehren werden, auf dem sie sich vor dem Kriege befanden, es sei denn, daß durch umfassende zoll- und handelspolitische Maßnahmen ein allgemeiner Preisrückgang herbeigeführt wird.

Für die organisierte Arbeiterschaft ergibt sich aus diesen Tatsachen nach dem Kriege die hohe Wahrscheinlichkeit gewaltiger Kämpfe; sie wird sich zunächst einmal wieder die Lebenshaltung und die tatsächliche, in Naturallohn ausgedrückte Bewertung ihrer Arbeitskraft erkämpfen müssen, deren sie sich vor dem Kriege erfreut hat. Das wird um so schwerer sein, als der Arbeiterschaft nach dem Kriege höchstwahrscheinlich neue Lasten auferlegt werden, die sich aus der Verzinsung und Tilgung der ungeheuren, durch den Krieg entstandenen Schuldenlast ergeben. Die Arbeiterschaft kann sich aber selbstverständlich auf die Dauer auch nicht mit der Lebenshaltung zufrieden geben, die sie sich vor dem Kriege errungen hatte. Sie will vorwärts und aufwärts. Sie hat ein Recht darauf, an dem nationalen Wohlstand teilzunehmen, der in erster Linie durch sie geschaffen worden ist und der jetzt auf den Schlachtfeldern durch sie auch mitverteidigt wird. Sie hat ein Recht darauf, und sie wird es verstehen, sich dieses Recht nach dem Kriege zu erkämpfen.

A. Ellinger.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Moratorien. — Abbau der Börsenverpflichtungen. — Abschlässe von Aktiengesellschaften für 1914/15. — Dividenden der Brauereien. — Klagen und Gewinne. — Neuregelung der Häute- und Lederpreise. — Der deutsche Konzern des Schuhmaschinentrusts. — Sandalensyndikat und Schuhgroßhändler. — Syndikatspraxis.**

Während die meisten europäischen Staaten bei Ausbruch des Krieges weitgehende Moratorien erließen, hat Deutschland entgegen zahlreichen Wünschen von einem allgemeinen Moratorium, der Stundung aller Zahlungsverpflichtungen, Abstand genommen. Die weitere Entwicklung ergab, wie zweckmäßig der Verzicht auf ein völliges Moratorium war, dessen Schäden ein stärkeres Gewicht gehabt hätten, als alle daraus zu erwartenden Vorteile. Wo aber Härten durch rücksichtslose Eintreibung von Zahlungsansprüchen befürchtet werden mußten, sind im Interesse der Schuldner und des gesamten Wirtschaftslebens verschiedene Verordnungen über gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen erlassen worden. Bei Schließung der Börsen machten sich auch Börsenmoratorien erforderlich, die jetzt zum völligen Abbau kommen. Der Vorstand der Berliner Börse beschloß für die aus der Zeit vor dem 31. Juli 1914 laufenden und bislang von Monat zu Monat hinausgeschobenen Geschäfte (Ultimogelder und Börsentermingeschäfte in Wertpapieren) eine weitere Hinausschiebung nicht anzuordnen, so daß diese Geschäfte ultimo November 1915 zu erfüllen sind. Als Grundlage für die Ablösung der Börsenverpflichtungen sind Kurse festgesetzt worden, die gegenüber den Kursen vom Juli 1914 keineswegs nur Ermäßigungen aufweisen, sondern vielfach Erhöhungen erbrachten. Soweit sich bisher übersehen läßt, verläuft der Abbau in ruhiger Weise, ohne auf besondere Schwierigkeiten zu stoßen. Mit Verlegenheiten bei Zahlung der Differenzen wird nicht gerechnet, finanziell schwache Firmen können die Hilfe eines unter Mitwirkung des Börsenvorstandes von Berliner Banken und Bankiers gebildeten Syndikats in Anspruch nehmen, das für diese Zwecke 20 Millionen Mark zur Verfügung stellt.

In Erscheinung tritt die kräftige Behauptung unseres Wirtschaftslebens nicht zuletzt auch in Abschlässen der Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1914/15. Eine Zusammenstellung der Dividenden von Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, ist in diesen Tagen in der „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“ veröffentlicht worden. Lassen sich die Ergebnisse auch nach der Höhe der Dividenden allein nicht beurteilen, schon weil eine Berücksichtigung der Abschreibungen und Reservestellungen dabei fortfällt, so bieten sie doch mindestens einen Vergleichswert durch die Gegenüberstellung mit den Dividenden des Vorjahres. Die Statistik ergibt, wie das Blatt zutreffend bemerkt, daß die Zahl der völligen Dividendeneinstellungen im Vergleich mit der Gesamtzahl der in der Statistik behandelten Unternehmungen verschwindend gering gewesen ist. Aber es ergibt sich auch, daß die scharfen Dividendenreduktionen durchaus in der Minderheit bleiben und meist nur bei solchen Unternehmungen zu verzeichnen sind, die entweder von Hause aus ungenügend fundiert waren oder aber Produkte herstellten, die vorwiegend Luxuszwecken dienten oder zum erheblichen Teil



300	Gramm	Bohnen	106	Gramm	Salz
300	"	Erbfen	105	"	Kaffee
500	"	Weizenmehl	21	"	Tea
200	"	Bachpflaumen	0,11	Liter	Essig.

Das Dreifache dieser Nahrungsmittel bezeichnet man bekanntlich als Familienration, und zwar nimmt man eine Durchschnittsfamilie von Mann, Frau und zwei Kindern an.

Welchen Teil dieser Familienration konnte nun der deutsche Arbeiter von seinem Lohne vor dem Kriege, und welchen Teil kann er heute davon kaufen?

Auf diese Frage gibt eine statistische Arbeit Auskunft, die der Deutsche Bauarbeiterverband in den letzten Wochen im „Grundstein“ veröffentlicht hat. Der Verband hat in 142 größeren und mittleren Orten, an denen er Zweigvereine hat, die Löhne seiner Mitglieder im Juli 1914 und im Juni 1915 festgestellt und sie mit den Preisen der Lebensmittel an jedem einzelnen Orte (nach den Calwerischen „Monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise“) in Vergleich gesetzt. Auf diese Weise hat er einen ziemlich genauen Nachweis über die ungeheure Entwertung der Arbeitslöhne im ersten Kriegsjahr bekommen. Im einzelnen ist er dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen: In den 142 Orten, auf die sich die Statistik erstreckt, war der wöchentliche Lebensmittelaufwand für eine vierköpfige Familie nach der Standardration des Marinesoldaten: im Juli 1914 durchschnittlich 25,33 Mk., im Juni dieses Jahres aber durchschnittlich 37,36 Mk. Mit anderen Worten: wenn sich eine vierköpfige Familie so ernähren wollte, wie die deutschen Marinesoldaten ernährt werden, so mußte sie für Nahrungs- und Genußmittel im Juli vorigen Jahres 25,33 Mk., im Juli dieses Jahres aber 37,36 Mk. ausgeben. Die Steigerung beträgt 12,03 Mk. oder 47,5 Proz. Nur in einem Ort, nämlich in Amberg, bleibt die Steigerung mit 27,6 unter 30 Proz., in einigen anderen Orten beläuft sie sich auf über 60 Proz. Am höchsten ist sie in Gladbeck i. W. mit 63,7 Proz.

In der statistischen Arbeit des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist auf Grund von Haushaltsrechnungen von Bauarbeitern angenommen, daß der Bauarbeiter im allgemeinen 50 Proz. seines Sommerwochenlohnes für Nahrungs- und Genußmittel ausgegeben hat, während er die andere Hälfte seines Lohnes für Miete, Kleidung, Steuern, Fahrgehalt, Kindererziehung usw. ausgeben muß. Das entspricht so ungefähr auch den Feststellungen, die der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1909 in seinem Buch über die Ergebnisse von 320 Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern gemacht hat. Dort ergibt sich, daß bei den Metallarbeitern durchschnittlich 52 Proz. aller Ausgaben auf Nahrung entfallen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam die deutsche Reichsregierung, die durch das Kaiserliche Statistische Amt im Jahre 1907 Erhebungen über die Verhältnisse der Bevölkerung Deutschlands durch Ausgabe von Haushaltsbüchern veranstaltete. Dabei wurde festgestellt, daß im Arbeiterhaushalt die Aufwendung für Nahrung 53,4 Proz. der Gesamtausgabe ausmachte. Nimmt man nun den halben Sommerwochenlohn des Maurers als Ausgabe für Nahrungs- und Genußmittel, so ergibt sich die auffallende Tatsache, daß der Lohn des Maurers schon im Juli vorigen Jahres, also vor dem Kriege, in seinem einzigen der 142 Orte ausreichte, um die Familienration, d. h. das Dreifache der für einen Marinesoldaten festgesetzten Lebensmittel kaufen zu

können. Durchschnittlich konnten für die Hälfte des Maurer-Sommerwochenlohnes nur 68,3 Proz. der Standardration gekauft werden, also 31,7 Proz. weniger als notwendig wäre, wenn die Ernährung so sein sollte wie beim Marinesoldaten. Am günstigsten war das Verhältnis in Hamburg, wo man für den halben Sommerwochenlohn 98,8 Proz. und in Berlin, wo man dafür 90,8 Proz. der Standardration kaufen konnte, am ungünstigsten in Schweidnitz, wo man für den halben Sommerwochenlohn nur 53,4 Proz. der Standardration bekam.

Im Juli 1914 war der halbe Wochenlohn des Maurers im Durchschnitt der 142 Orte 17,29 Mk.; im Juni 1915 war dieser Lohn durch die vertragliche Lohnerhöhung auf 17,64 Mk., also um 35 Pf. oder 2 Proz. gestiegen. Dagegen waren in der gleichen Zeit die Lebensmittelpreise derart gestiegen, daß der Maurer — trotz der geringen Lohnsteigerung — nunmehr für seinen halben Sommerwochenlohn anstatt im Durchschnitt 68,3 Proz. nur noch 47,2 Proz. der Standardration kaufen konnte, also 21,1 Proz. weniger als vor dem Krieg. Seine Lebenshaltung hat sich also gewaltig verschlechtert, der Wert seines Arbeitslohnes, gemessen an den dafür zu kaufenden Lebensmitteln, ist ganz erheblich gesunken. Wollte der Maurer im Juni 1915 die gleiche Menge Nahrungs- und Genußmittel kaufen wie im Juli 1914, so mußte er nun dafür anstatt 17,29 Mk. die Summe von 25,52 Mk. ausgeben. Das sind allein für Nahrungs- und Genußmittel 8,23 Mk. oder 47,6 Proz. mehr. Während also der Maurerlohn in einem Jahre um 2 Proz. gestiegen ist, stieg der Preis für die vor dem Krieg um den halben Maurerlohn zu beziehenden Lebensmittel um 47,6 Proz.

Noch ungünstiger sind die Verhältnisse für die Bauhilfsarbeiter. Deren Lohn ist im allgemeinen so niedrig, daß es von vornherein unmöglich war, ihrer Ausgabe für Nahrungsmittel den halben Sommerwochenlohn zugrunde zu legen. (Ihr voller Sommerwochenlohn belief sich (Juli 1914) im Durchschnitt der 142 Orte auf 27,76 Mk.) Wollten sich die Bauhilfsarbeiter so ernähren wie ein Marinesoldat, so blieben ihnen schon vor dem Kriege von ihrem gesamten Wochenlohn nur 2,43 Mark für alle anderen Ausgaben übrig. In der Statistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist angenommen, daß der Bauhilfsarbeiter ebenso viel für Nahrungsmittel ausgeben mußte wie der Maurer, nämlich im Juli 1914 17,29 Mk. Das sind, wie wir gesehen haben, beim Maurer 50, beim Bauhilfsarbeiter aber 62,3 Proz. des vollen Sommerwochenlohnes. Inzwischen, d. h. bis Juni dieses Jahres, ist nun die Standardration auf 37,36 Mk. gestiegen. Da sich der Sommerwochenlohn des Bauhilfsarbeiters nur um 84 Pf., nämlich auf 28,60 Mark erhöht hat, so reicht der gesamte Sommerwochenlohn des Bauhilfsarbeiters bei weitem nicht aus, um die Nahrungsmittel kaufen zu können, die er nach der Verpflegungsration des Marinesoldaten für sich und seine Familie haben möchte. Selbst wenn er nur die gleiche Nahrungsmittelmenge verbraucht wie der Maurer, geben dafür 80,2 Proz. seines vollen Sommerwochenlohnes drauf. Für alle übrigen Ausgaben — Miete, Kleidung, Schuhwerk, Steuern usw. — bleiben ihm nur noch 10,8 Proz.

Das sind außerordentlich betrübliche Zahlen, die geradezu nach Abhilfe schreien. Dies um so mehr, als seit Juni die Lebensmittelpreise fast ohne Unterbrechung weiter gestiegen sind. Es ist kein Zweifel

## Soziales.

### Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste.

Uns geht folgender Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

#### Denkt an Weihnachten.

Der Winter hat uns mahnend seine Vorposten geschickt. Tagelang lag kühlender Schnee in dichter Decke über Gärten, Häusern und Feldern. Weihnachten kommt bald. Die im Feindesland begeben unsere Tapferen zum zweiten Male unser größtes und schönstes heimisches Fest. Ein deutsches Weihnachten wollen wir ihnen schaffen, noch schöner wie im Vorjahre. Doch es gilt vorsorgen — und gleich vorsorgen. Gedenket der vielen, vielen Einsamen, denen wir eine Dankesschuld abzutragen haben. Sie sollen an diesem Tage, wenn in allen Schützengräben und Unterständen ein Bäumchen brennen wird — die glücklichen Kameraden die Grüße der Ahrigen auspacken werden — nicht mit traurigen Augen und Weh im Herzen abseits stehen. Gebt ihnen ein fröhliches Lachen, ihnen, die für Euch zu kämpfen und zu sterben wissen. Gedenket ihrer und sendet Weihnachtsgaben an die Staatliche Annahmestelle II beim Gardeforps Berlin NW. 6, Karlstraße 12. Alles ist willkommen. Praktische Gegenstände, wie Unterzeug, Strümpfe, Seife, Handtücher, Taschentücher, Spiegel, Messer usw., ebenso wie Schwaren, Weine, Rotwein, Mineralwasser, Fleisch, Fisch- und Gemüsekonserven, Honig, Marmelade, Marzipan, Schokolade, Pfefferkuchen, weiler Zigarren, Zigaretten, Tabak, Feuerzeug und Lunte, Spielkarten, Mundharmonikas — und so vieles, was man noch dem seldgrauen Weihnachtsmann aufpacken kann. Doch schickt es bald — der November ist zu Ende, ehe man es gedacht — Weihnachten steht vor der Tür.

## Arbeiterbewegung.

### Die Gedenkfeier der Generalkommission.

Wie schon in voriger Nummer des „Correspondenzblattes“ berichtet, fand am 16. d. M. anlässlich der Vorstandskonferenz eine kleine intime Gedenkfeier des 25. Jahrestages der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften statt. Außer der Generalkommission und den Vorstandsvorstretern nahmen Vertreter des Parteivorstandes, des Zentralvorstandes deutscher Konsumvereine und der Berliner Gewerkschaftskommission an der Feier teil. Kerner waren von den Mitgliedern der ersten Generalkommission die Genossen von Elm aus Hamburg, Schwarz-Lübeck und Glocke-Berlin erschienen, sowie Genossen und Genossinnen, die in früheren Jahren Mitglieder der Generalkommission waren, und als Vertreter des Kieler Wahlkreises der Genosse Rindfleisch.

Legien eröffnete die Feier mit einem ersten Rückblick auf die bisherige Gewerkschaftsarbeit in Deutschland. Einleitend gedachte er derer, die schon 1848 in der „Arbeiterverbrüderung“ für eine gewerkschaftliche Tätigkeit wirkten, sowie der Genossen, die dann in den 1860er Jahren wieder unter den schwierigsten Verhältnissen begannen, wie Fritzsche, Geib und York. Die erste von Geib veröffentlichte Gewerkschaftsstatistik ergab im Jahre 1877 rund 50 000 Mitglieder; für die damalige Zeit schon eine stattliche Zahl. Aber die frischen Anfänge wurden durch das Sozialistengesetz vernichtet, das nicht nur die Partei, sondern mehr noch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter traf. Aber bald be-

gann es sich in der Arbeiterchaft wieder zu regen. Organisationen entstanden, Streiks wurden mit wechselndem Erfolge geführt. Ende der 1880er Jahre haben wir unsere Kraft überschätzt. Als der Pariser Kongress 1889 die Parole herausgab, den 1. Mai zu feiern, glaubten wir die Feier durchführen zu können. Wenn es nicht gelang, so lag das mit an unserer Uneinigkeit, die herbeigeführt wurde, weil der Beschluß der Reichstagsaktion, den 1. Mai nicht durch Arbeitseube zu feiern, erst kam, nachdem in zahlreichen Eiten die Arbeitseube beschlossen war. Die Uneinigten in Hamburg begünstigte die Gründung des Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona, und die im Gefolge der ersten Maifeier ausgebrochenen Kämpfe endeten mit einer Niederlage der Arbeiter. In dieser Situation kam die Gewerkschaftskonferenz in Berlin am 16. und 17. November 1890 zustande, auf der die Einsetzung der Generalkommission beschlossen wurde. Sie sollte die Kraft stärken. Aber es fehlte auf der Konferenz ein Programm, das Gefühl war der Zeitern. Weil wir uns vorwiegend vom Gefühl leiten ließen, glaubten wir, die Generalkommission würde die Schwierigkeiten beheben können. Aber ihr Erfolg war zunächst ein Mißerfolg und jetzt brach gegen sie ein Ungewitter los. Auf dem Kongress von 1892 gelang es nur mit Mühe, ihre Existenz zu retten und ihr bestimmte Aufgaben zuzuwenden.

Wie wir damals die Schwierigkeiten überwunden haben, werden wir auch die jetzt aus dem Kriege erwachsenden Schwierigkeiten überwinden. Wir werden sie überwinden, weil wir sie überwinden müssen und überwinden wollen. Unsere Organisationen müssen das erreichen, was wir wollen, was wir uns als Ziel gesetzt haben. Damals hatte der Wahlsieg von 1890 zu dem Glauben geführt, daß die mühsame Arbeit der Gewerkschaften zwecklos war. Fr. Engels schrieb in der „Neuen Zeit“, daß die Wahlerfolge in Deutschland die Entscheidung für die Arbeiter der ganzen Welt bringen werden. Die Niederlage im Buchdruckerstreik lehrte die pessimistische Auffassung über die Gewerkschaften zu bestätigen, denn hier handelte es sich um eine straffe Organisation mit guten Massenverhältnissen. Ich bin nie Pessimist gewesen und habe es schon damals als einen Irrtum bezeichnet, daß Wahlerfolge allein die Arbeiterklasse zum Siege führen können. Im „Correspondenzblatt“ habe ich damals geschrieben, wenn es nicht gelingt, die Arbeiter in Gewerkschaften zu sammeln, dann ist auch kein Sieg der Sozialdemokratie zu erwarten. Liebnecht junior aber verwies auf die englischen Trades Unions und sagte, daß bevor die Gewerkschaften Deutschlands die englischen erreichen werden, wird die Fahne des Sozialismus über der Zwingburg des Kapitalismus wehen. Damals haben diese Worte Liebnechts einen großen Einfluß in der Arbeiterchaft gehabt, heute kommt ihnen nur historische Bedeutung zu. Längst haben wir die englischen Gewerkschaften nicht nur erreicht, sondern weit überflügelt. Wir haben sie überflügelt nicht nur der Zahl nach, sondern vor allem hinsichtlich des Geistes, der unsere Organisationen trägt. Bei uns herrscht der Geist des Sozialismus, der allgemeinen Solidarität der Arbeiter, und wir sind durch diesen Geist den Engländern auch in der Organisation soweit voraus, daß sie jetzt Deputationen zu uns sandten, um unser System zu studieren. Es ist zwar ein eigentümlicher Zug bei uns, daß wir die Dinge im Auslande immer gut und bei uns alles schlecht finden. Aber darüber wollen wir uns klar



auf den Export angewiesen waren. Auf diese Weise wurde den Porzellan- und Glasfabriken ein großer Teil ihres Absatzes entzogen. Sie und auch die Kalkwerke, deren Absatz bekanntlich fast zur Hälfte nach dem Auslande geht, hatten keine Möglichkeit, die ihnen erwachsenden Ausfälle auf andere Weise wieder auszugleichen. Die Zementfabriken, die schon im Frieden während der letzten Jahre nicht mehr ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend hätten beschäftigt werden können, litten unter der Lähmung des Baugeschäfts, die der Krieg im Gefolge hatte. Im großen und ganzen aber hat der Krieg auch auf die Dividendenergebnisse der meisten nicht ausgesprochen Kriegsartikel herstellenden Unternehmungen keine andere Wirkung gehabt als etwa ein scharfer Konjunkturrückgang.

Actiengesellschaften der Brauindustrie hatten in der erwähnten Statistik noch keine Berücksichtigung gefunden. Die Bilanzen der Brauereien, die ihr Geschäftsjahr am 30. September beendeten, geben ein überraschend günstiges Bild. Wir sagen überraschend, weil nach den sehr lebhaften Klagen der Brauereien aus Anlaß der wiederholten Preiserhöhungen ihre Lage zumeist grau in grau geschildert worden ist. Die Schultheiß-Brauerei z. B. erhöhte ihre Dividende von 12 auf 16 Proz. und erreichte damit das Dividendenniveau vor dem Kriege wieder, auch andere Brauereibetriebe sind verschiedentlich zu ganz beträchtlichen Dividendensteigerungen geschritten, die meisten behaupteten den alten Dividendensatz. Selbstverständlich fehlt es nicht an Dividendenkürzungen bei einer ganzen Reihe von Brauereien, doch der Umfang dieser Dividendenermäßigungen hält sich überwiegend in sehr bescheidenen Grenzen, so daß von einem erheblicheren finanziellen Rückschlag der Brauereien trotz der starken Produktionseinschränkung und der Rohmaterialverteuerung in dem bisherigen Verlauf des Krieges nicht die Rede sein kann.

Eine Neuregelung der Häute- und Lederpreise gilt als nahe bevorstehend. Auf die Vorgänge, die zu der ungemein starken Ledersteigerung geführt haben, wurde kürzlich an dieser Stelle hingewiesen. Als zugunsten der Generalkommission mit der Erhebung eines Zuschlages auf die Häutepreise begonnen wurde, wurde gleichzeitig von der Militärverwaltung eine Ermäßigung der Nichtpreise für Leder bewirkt, es wäre also irrig zu sagen, daß der Staatszuschlag, dessen Beseitigung an sich wünschenswert ist, die Preisteuerung verschärft habe. Wahrscheinlich wird mit einer Herabsetzung der Häutepreise auch jener Zuschlag für die Staatskasse in Wegfall kommen, aber damit allein wäre noch die Verbilligung um die Höhe des Zuschlages nicht gesichert, die Gerbereien würden die Differenz voraussichtlich für sich mit Beschlag belegen. So pflegen derartige Dinge sich zumeist in der Praxis abzuspielen. Deshalb ist es notwendig, auch eine neue Regelung der Lederpreise eintreten zu lassen. Es soll nach Mitteilung aus Fachkreisen geplant sein, daß an die Stelle der bisherigen Nichtpreise vom Bundesrat festzusetzende Höchstpreise für Leder, und zwar für alle Lederarten treten. Wenn dagegen der Einwand erhoben wird, daß eine derartige Lösung wegen der vielen Qualitätsunterschiede fast zur Unmöglichkeit wird, so muß betont werden, daß die Kriegsverhältnisse hier in der Gerberei sehr vereinfachend gewirkt haben und die feinen Qualitätsunterschiede von früher durchaus nicht mehr die entscheidende Rolle spielen.

Gegen den amerikanisch-englischen Schuhmaschinentrust, der in Deutschland durch die Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen-gesellschaft vertreten wird, richtet sich ein Kampf von deutschen Maschinen- und Schuhfabriken, dessen Anfänge schon länger zurückliegen, der aber nun durch den Krieg neue Anregungen erfährt. Der Trust vermietet seine Maschinen an Schuhfabriken nur, er verkauft sie nicht, außerdem verpflichtet er seine Kunden, von ihm auch die Hilfsmaterialien für die Fabrikation zu beziehen. Nach Angaben einer von dem Verband „Deutsche Arbeit“ in Verbindung mit dem Verbands zur Abwehr des Schuhmaschinen-trusts herausgegebenen Schrift gehören zum Trust eine ganze Reihe von deutschen Unternehmungen aus Hilfsbetrieben der Schuhindustrie. Nachdem im Jahre 1903 die Boston Blading Comp. zu Oberursel für die Fabrikation der Auspuschpräparate gegründet, im Jahre 1907 für die Eisen- und Agraffenindustrie die alte Firma Robert Zinn u. Co., Warmen, als Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter Beibehaltung der Firma übernommen war, ging der Trust im Jahre 1911 auch an die Gründung einer Schuhleisten- und Stanzmesserfabrik, die er unter der Firma Fagus Ges. m. b. H. in Alfeld a. d. Leine, der Wiege der deutschen Leistenindustrie, aufmachte. Die anderen Bedarfsartikel, wie Pflodholz, Nähmaschinenadeln usw., vertreibt die Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen-gesellschaft nur. Woher sie diese Artikel bezieht und inwieweit sie in anderen Fabriken des Trusts hergestellt werden, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Neuerdings haben einige deutsche Fabrikanten die Fabrikation des Pflodholzes aufgenommen, was jedoch sofort auf Seiten des Trusts die Gegenmaßnahme zeitigte, daß in der Fagus G. m. b. H. ebenfalls die Pflodholzfabrikation aufgenommen wurde, während der Vertrieb der Deutschen Vereinigten Schuhmaschinen-gesellschaft vorbehalten wurde.

An das Sandalensyndikat, das einzige fest organisierte Kartell in der deutschen Schuhindustrie, hat der Verband deutscher Schuhwaren-Großhändler die Aufforderung zur Auflösung bei Androhung des Bohnkotts gerichtet. Darauf erklärt das Syndikat, daß es irgendwelchen außerstehenden Organisationen nicht das Recht der Entscheidung zugestehen, ob es aufzulösen ist oder nicht, es weist die Forderung der Großisten als unberechtigten Eingriff in die Rechte des Syndikats auf das entschiedenste zurück. Den weiteren Beschluß des Großistenverbandes, seine Mitglieder unter Konventionalstrafe zu verpflichten, keine Syndikatsfabrikate zu beziehen, bezeichnet es unter Verurufung auf die Judikatur des Reichsgerichts als gesetzwidrigen Bohnkott und Verstoß gegen die guten Sitten. Wir haben keinen Anlaß, in diesem Streit einzugreifen, wir verstehen aber die Erklärung des Sandalensyndikats, daß über das Schicksal seiner Organisation lediglich das Interesse seiner Mitglieder entscheidet. Doch bei aller Anerkennung der regulierenden Funktionen der Kartelle, die ihr gerade von sozialistischer Seite sicher ist, darf nicht verkannt werden, daß ihre Kampfmittel (darüber täuschen gelegentliche Auseinandersetzungen und gegenseitige Vorwürfe nicht hinweg) lediglich durch Rücksicht auf den Erfolg bestimmt werden. Sie wenden ständig die Methoden an, die sie bei der Arbeiterchaft als Terrorismus anklagen.

Berlin, den 23. November 1915.

Julius Kallisi.

sein, daß wir in Deutschland eine Arbeiterkultur geschaffen haben. Sie ist durch unsere eigene Kraft geschaffen worden, im Kampfe mit den Unternehmern, aber auch im Kampfe mit den Behörden, die uns die erdenklichsten Schwierigkeiten machten. Diese durch unsere eigene Kraft geschaffene Arbeiterkultur ist vorbildlich geworden auch für das Ausland. Aber wegen dieser Arbeiterkultur ist es uns auch nicht gleichgültig, wie der Weltkrieg ausgeht. Wenn Deutschland, was ich nicht glaube, unterliegen sollte, dann geht auch unsere deutsche Arbeiterkultur zugrunde und die Internationale verliert ihren stärksten Stützpunkt.

Deshalb gedenken wir heute auch derer, die draußen im Felde stehen, und mit ihrem Leib und Blut unser Land, uns und die Möglichkeiten unseres Aufstiegs verteidigen. Daß wir ihrer gedenken ist keine Verletzung des Gedankens der Internationale, denn im eigenen Lande zunächst müssen wir arbeiten, hier werden unsere Kämpfe ausgefochten, und nur durch starke nationale Organisationen wird die Internationale gekräftigt. Hätten wir nicht den Weltkrieg, würden wir heute wahrscheinlich Vertreter aus vielen Ländern hier begrüßen können. Da wir auf die Vertreter der kriegsführenden Länder verzichten müssen, haben wir auch die Neutralen nicht eingeladen. Wir sind daher allein, was vielleicht bedauerlich erscheinen könnte. Aber was wir sind und was wir werden, das sind wir nur durch die eigene Kraft. Das gilt auch für unsere Beziehungen zu den Organisationen der anderen Länder. Was für uns notwendig, ist auch für diese notwendig und daher werden wir uns nach dem Kriege wieder finden. (Lebhafter Beifall.)

Sodann nahm im Auftrage der Generalkommission Döblin das Wort, um dem Genossen Legien ihren Dank für seinen Anteil an dem Aufstiege der deutschen Gewerkschaften abzutatten. Er gedachte der großen Verdienste Legiens, der in allen Kämpfen um die Organisation und den rechten Weg während dieser 25 Jahre an erster Stelle mit gestanden hat. Seinem Geschick und seiner zähen Energie sei es auch gelungen, die divergierenden Auffassungen zusammenzubringen. Das Ziel der Einigkeit sei erreicht und darüber können wir große Befriedigung hegen. Auch darin stimmen wir mit Freuden Legien zu, daß wir der Kämpfenden draußen an der Front gedenken sollen. Uns ist die Pflicht geworden, ihnen die mühsam geschaffene Organisation zu erhalten. Wir hoffen, daß wir sie bald in der Heimat wieder begrüßen können, um mit ihnen gemeinsam die Organisationsarbeit weiterzuführen. Schließlich überreichte Döblin dem Jubilar die schon in voriger Nummer des „Corr.-Bl.“ besprochene Adresse, die ihm zeigen solle, daß wir alle mit ihm eines Sinnes sind.

Legien dankte mit einigen Erinnerungsworten an alle diejenigen, die mit ihm in der Generalkommission gewirkt haben.

Ebert brachte die Glückwünsche des Parteivorstandes zum Ausdruck. Die Partei blicke mit Bewunderung auf die Leistungen und Kampfesfähigkeit der Gewerkschaften. Ein gutes Kameradschaftliches Verhältnis, eine Arbeitsgemeinschaft in gemeinsamen Fragen seien heute die Grundlage, auf der Partei und Gewerkschaften für das Wohl der Arbeiterschaft wirken. Auch draußen im Lande erkennt man die Kampfesgemeinschaft als Voraussetzung des Erfolges an. Medner gibt sodann einen geschichtlichen Überblick des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften und verweist besonders darauf, daß Karl

Marr den Gewerkschaften eher eine über- als untergeordnete Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zuerkannt habe. Grundsätzlich habe die Partei als solche auch dementsprechend immer die Bedeutung der Gewerkschaften hoch gewertet. Daß der Weg der deutschen Gewerkschaften der richtige war, hat der Erfolg bewiesen. Die in ihnen vorherrschende Solidarität und sozialistische Schulung hat den Erfolg begründet. Einen Hauptanteil an dem Erfolg könne die Generalkommission sich zuschreiben und Legiens besonderer Anteil erfordere die größte Anerkennung. Seine organisatorischen Fähigkeiten und eiserne Willenskraft seien auch der Parteiarbeit zustatten gekommen. Neben seiner Tätigkeit in der Generalkommission, neben seinem Wirken für die Internationale der Gewerkschaften habe er auch Zeit gefunden, um für die Partei in der Agitation wie im Reichstage tätig zu sein. Auch für das gute Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaften und Partei gebühre ihm der Dank. Nach dem Kriege wird treue Waffenbrüderschaft uns mehr denn je not tun. Nur wenn wir geschlossen marschieren, werden wir siegen.

Für die Genossenschaftsbewegung sprach Müller-Hamburg. Er feierte diese als den jüngsten Sproß der Arbeiterbewegung, die der Arbeitsteilung bedürfe. Das Endziel sei das gleiche: denen, die im Schatten leben, ein besseres Los zu schaffen. Die Methoden aber sind verschieden, je nach den besonderen Aufgaben, die zu lösen sind. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß der Krieg, weit entfernt, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, vielmehr den kapitalistischen Kräften neuen Aufschwung verleiht. Viele Mittelstandskräfte werden durch den Krieg ausgeschaltet. Für die Arbeiterklasse erwächst die Notwendigkeit, ihre Organisation auf allen Gebieten auszubauen. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften habe längst ein freundschaftliches Nebeneinanderarbeiten Platz gegriffen und das müsse in der Zukunft weiter entwickelt werden.

Rindfleisch-Kiel überbrachte dem Genossen Legien die Glückwünsche der Kieler Parteiorganisation, deren Vertreter im Reichstage Legien seit 1893 mit einer Wahlperiode Unterbrechung in Rindfleisch schloß seine, lebhafteste Zustimmung findenden Ausführungen mit den Worten: „An i, Kork, rop di tau: Kork, holl di stief!“

Sodann sprachen noch die Genossen Deisinger, Schilde und von Elm, die alte Erinnerungen an einstige Kämpfe wachriefen.

Eine große Anzahl von Glückwunschtelegrammen und Begrüßungsschreiben waren sowohl an den Genossen Legien persönlich, wie an die Generalkommission eingegangen. Zahlreich waren auch die Glückwünsche aus dem Felde, die den regen Anteil unserer Kämpfer draußen an dem gewerkschaftlichen Organisationswerk der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten.

Dem Ernst der Zeit entsprechend war auch die Feier eine ernste. Es kam, mehr als in einer früheren Zeit, der feste Wille zum Ausdruck, der Arbeiterklasse den Aufstieg zu sichern. Die Einheitslichkeit der Auffassung über Zweck und Kampfmittel, die hier sich zeigte, sichert den Erfolg, der durch gemeinsames Wirken erzielt werden kann.

Groß ist in dieser schweren Prüfungszeit die Zahl derjenigen, die des Tages gedacht haben, an dem vor 25 Jahren die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland herbeigeführt wurde. Aus allen Landesteilen, aus dem



Auslande wie auch von den im Felde stehenden Gewerkschaftsmitgliedern sind uns Glückwünsche zu dem Gedenktage gesandt worden. Allen Glückwünschlern sprechen wir für die der Organisationsleitung der Arbeiterklasse erwiesene Herzlichkeit unseren wärmsten Dank aus.

### Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 23. November 1915.

\*

Der Dankagung der Generalkommission schließe ich mich insbesondere für diejenigen an, die mir persönlich einen Glückwunsch zur Erinnerungsfeier gesandt haben. Auch den Mitgliedern der Generalkommission, den Verbandsvorständen, dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Konsumvereine will ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen für die Widmungen in der Adresse, die für mich einen unschätzbaren Wert haben, und ein Gedenkbild für die gewerkschaftliche Arbeit und den solidarischen Geist der Arbeiterklasse auch in ferneren Zeiten bleiben wird.

Berlin, 23. November 1915.

C. Legien.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes waren im Monat September 827 Zweigvereine mit 90 819 Mitgliedern beteiligt. Die Zahl der im Monat Arbeitslosen betrug 2220, davon am letzten Werttage 594 = 0,7 Proz. Von den einzelnen Berufen hatten Fliesenleger und Stukkateure auch diesmal wieder verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen. Bei den Fliesenlegern gab es unter 626 Beteiligten 77 Arbeitslose = 12,3 (11,9) Prozent, bei den Stukkateuren unter 2221 Beteiligten 195 Arbeitslose = 8,8 (10,2) Proz. Die Maurer überragen mit 1443 Arbeitslosen = 2,6 (3,1) Prozent von 56 549 Mitgliedern eben noch den Reichsdurchschnitt. Unter diesem stand die Arbeitslosigkeit bei den Hilfsarbeitern mit 454 Arbeitslosen = 1,7 (2,1) Proz. von 26 685 Mitgliedern, bei den Isolierern mit 4 Arbeitslosen = 1,3 (1,8) Proz. von 317 Mitgliedern, bei den Erdarbeitern mit 36 Arbeitslosen = 1,2 (1,1) Proz. von 3090 Mitgliedern und bei den Betonarbeitern mit 11 Arbeitslosen = 0,8 (0,9) Proz. von 1331 Mitgliedern. Die Fliesenleger verzeichneten im Berichtsmontat eine 0,4 Proz. betragende Zunahme der gemeldeten Arbeitslosen, alle übrigen Berufe eine Abnahme.

Zwischen dem Verbandsbureauangeestellten und dem Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen ist über die Kriegsbeschädigtenfürsorge ein Abkommen getroffen, wonach das Vertragsverhältnis der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder nach der Rückkehr in die Heimat fortgesetzt wird, sofern nicht ein wichtiger Grund die Weiterbeschäftigung ausschließt. Ist infolge einer Kriegsbeschädigung die frühere Verwendung nicht möglich, wird ihnen eine andere ihren Fähigkeiten entsprechende Stelle übertragen. Eingezogene Hilfsarbeiter werden bei der Rückkehr nach Bedarf eingestellt; Kriegsbeschädigte werden bevorzugt. Die Befoldung der kriegsbeschädigten Angestellten und Hilfsarbeiter wird nach ihrer Verwendungsmöglichkeit besonders bevorzugt. Eine Anrechnung der Kriegsbeschädigtenrente darf nicht stattfinden. Eine dauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit bedingt eine entsprechende Erhöhung des verfürzten Gehalts. Er-

reicht der kriegsbeschädigte Angestellte oder Hilfsarbeiter die durchschnittliche Leistungsfähigkeit eines voll erwerbsfähigen Angestellten, so soll er die für seine Stelle vorgesehene Entlohnung unverfürzt erhalten. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kasse und Angestellten oder Hilfsarbeitern über die Beschäftigung und Befoldung von Kriegsteilnehmern wird der Vorstand des Hauptverbandes auf Ansuchen unter Mitwirkung des Verbandes der Bureauangestellten bei dem Kassenvorstande vermitteln.

Im Fabrikarbeiterverbände waren am 13. November 0,7 Proz. Arbeitslose vorhanden. Die Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes erstreckte sich im Monat Oktober auf 800 Zahlstellen mit 74 497 Mitgliedern. Arbeitslos waren insgesamt 5977, davon am letzten Tage des Monats 1728 = 2,32 Proz. gegen 2,71 Proz. im Vormonat und 23,01 Proz. im Oktober 1914. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 17 157 Mark, für Reiseunterstützung 1091 Mk. verausgabt.

### Kongresse.

#### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die jüngste Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände war auf die Zeit vom 16. November zusammenberufen worden, weil in diese Tage das fünfundsingzigjährige Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und das fünfundsingzigjährige Arbeitsjubiläum ihres Vorsitzenden Carl Legien fiel. In Friedenszeiten wäre dieses Jubiläum vielleicht mit einem Gewerkschaftskongress verbunden und durch eine gewaltige Kundgebung begangen worden. Der Krieg, in dem sich unser Volk befindet, erlegt uns hier, wie in so manchen Beziehungen, die größte Zurückhaltung auf. So wurde das Doppeljubiläum nur durch eine kleine, aber würdige Feier im Kreise der Vorstandsvorsteher und einiger engbefreundeter Gäste begangen. Das Foyer und der Sitzungssaal des Gewerkschaftshauses waren aus Anlaß dieser Feier festlich geschmückt und der Vorsitzende, Genosse Legien, gedachte bei der Eröffnung der Konferenz in einer martigen Rede dieses Ereignisses und der glänzenden Entwicklung der Gewerkschaften seit 25 Jahren.

Der Bericht der Generalkommission konnte angesichts der täglich anwachsenden Kriegs-fürsorge-Arbeit weder erschöpfend noch in schriftlicher Form gegeben werden. Legien und Bauer berichteten mündlich über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiten auf den Gebieten der Arbeitslosen-, Arbeitsvermittlungs- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Versammlungs- und Preßzensur und über die Berücksichtigungen der im Gewerkschaftsinteresse nachgesuchten Zurückstellungen vom Heeresdienst, während Genosse R. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelfürsorge und seine jüngste bundesrätliche und gemeindliche Regelung beleuchtete. Er wies darauf hin, daß die Bundesratsverordnungen den Gemeinden weitgehende Vollmachten erteilen, und daß nunmehr von den Gemeinden ein energisches Zufassen erwartet werden müsse. Die in den Gemeinden tätigen Arbeitervertreter dürften nichts unversucht lassen, auf eine kommunale Regelung von Höchstpreisen, Heranschaffung der benötigten Lebensmittel und deren geeignete Verteilung hinzudrängen. In den anschließenden Erörterungen wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Gestaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst